



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Modellversuch Bürgerarbeit

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung in Anlehnung an das Konzept und die Erfahrungen mit der „Bürgerarbeit“ in Sachsen-Anhalt, gemeinsam mit der Agentur für Arbeit ein Modellprojekt „Bürgerarbeit Schleswig-Holstein“ zu entwickeln und noch im Jahr 2007 mit der Umsetzung in zumindest einer kreisfreien Stadt und einem Landkreis zu beginnen.

Dabei sind folgende Eckpunkte zu berücksichtigen:

- 1) Bürgerarbeit, wird einem/r Arbeitsuchenden erst dann angeboten, wenn die Möglichkeiten der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt und durch Wiedereingliederungsmaßnahmen nachweislich erfolglos ausgeschöpft worden sind.
- 2) Bürgerarbeit wird dem / der Arbeitssuchenden als freiwillige Tätigkeit angeboten, seine / ihre Mitwirkung bei der konkreten Auswahl der Arbeitsstelle ist sicher zu stellen. Bei Ablehnung erfolgt kein Leistungsentzug.
- 3) Bürgerarbeit wird dauerhaft und sozialversicherungspflichtig vergütet. Das Einkommen aus Bürgerarbeit ersetzt passive Leistungen der Arbeitsförderung (ALG II), die Einkommenshöhe liegt Netto über dem durchschnittlichen Leistungsbezug nach dem SGB II.
- 4) Arbeitssuchende, die eine Bürgerarbeit aufnehmen, erhalten zusätzlich einen Bildungsgutschein für weitere Qualifizierungsmaßnahmen.
- 5) Bürgerarbeit kann ausschließlich im gemeinnützigen Bereich geleistet werden. Die Zusätzlichkeit der Tätigkeit ist durch den Arbeitgeber sicher zu stellen und wird durch die Arbeitsverwaltung überprüft.

Das Modellprojekt „Bürgerarbeit Schleswig-Holstein“ soll auf zwei Jahre angelegt sein und durch eine gemeinsame Projektgruppe aus Arbeitsministerium, Arbeitsagentur, ARGE sowie VertreterInnen der Modellstadt / des Modellkreises begleitet und evaluiert werden. Eine abschließende Auswertung soll u. a. berücksichtigen, ob es sinnvoll ist und welche bundesgesetzlichen Änderungen notwendig sind, um eine dauerhaft subventionierte Bürgerarbeit als Regelinstrument in der Arbeitsmarktpolitik zu verankern.

Angelika Birk
Und Fraktion